



Landesverteidigungsakademie
Wien

LIBYEN – ZERSPLITTERUNG UND SCHLEPPENDER DIALOG

Jasmina Rupp und David Fussi

Libyen geriet im Jahr 2017 in vielerlei Hinsicht in den Fokus europäischer Regierungen. Der Bürgerkrieg flammte in Teilen des Landes wieder auf, die unter dem Schuttschirm der UN ausverhandelte Einheitsregierung ist immer noch weit davon entfernt akzeptiert zu werden und zwischen Ost und West verhärten sich die Fronten, vor allem durch die Kämpfe im Zentrum und Süden. Außerdem erreichten in den ersten sechs Monaten des Jahres knapp 90% aller Migranten Europa über die zentrale Mittelmeerroute.

Die Einheitsregierung kämpft um ihre Stellung

Das im Dezember 2015 unter UN-Vermittlung vereinbarte Abkommen zur Bildung einer Einheitsregierung (*Libyan Political Agreement*, LPA) bot erstmals seit dem erneuten Aufflammen des Bürgerkriegs im Jahr 2014 wieder Hoffnung auf Stabilität. Jedoch gehen noch eineinhalb Jahre später die Verhandlungen um die Anerkennung der Einheitsregierung sowie die Bestätigung von Minister- und weiteren Schlüsselämtern nur stockend voran. Unter dem LPA wurde ein *Presidential Council* (PC) unter Fayiz al-Sarradsch geschaffen, der eine Einheitsregierung (*Government of National Accord*, GNA) ernennen und bis zur Abhaltung von Neuwahlen im März 2018 die Wiederherstellung einheitlicher Institutionen verfolgen sollte. Die Anerkennung der GNA wird insbesondere durch die externe Unterstützung ihrer Gegner erschwert. Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Russland unterstützen das anti-islamistisch ausgerichtete HoR (*House of Representatives*) in Tobruk politisch und militärisch. Auf der Gegenseite wird der *General National Congress* (GNC) in Tripolis von den Muslimbrüdern nahestehenden Regierungen wie Katar, Sudan und der Türkei unterstützt. Das von der

UN auferlegte Waffenembargo ist zwar weiterhin gültig, wird aber offensichtlich ignoriert.

Der *Presidential Council* hat große Probleme, seine Stellung in der Hauptstadt Tripolis zu konsolidieren, da einige Milizen mit der Gegenregierung, *Government of National Salvation* (GNS), von Khalifa Ghweil kooperieren. Ghweil steht zudem dem einflussreichen Großmufti von Tripolis, Imam Ghariani, und den ägyptischen Muslimbrüdern sehr nahe und bedient die konservativ-islamische Klientel. Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten des GNC fand gemäß LPA eine neue Funktion in einem Beratungsgremium, dem State Council. Ghweil und der ehemalige GNC-Parlamentssprecher Abusahmain selbst weigerten sich allerdings, die Einheitsregierung anzuerkennen und unterliegen seither EU-Sanktionen. Auch wenn ihre Unterstützungsbasis begrenzt ist gelingt es ihnen immer wieder, die Integrationsbemühungen der Einheitsregierung zu konterkarieren.

Das LPA verschärfte die interne Spaltung noch weiter. Vor Dezember 2015 stritten rivalisierende Parlamente und ihre Regierungen um Einfluss, heute streiten die Un-

terstützer der Einheitsregierung mit den Gegnern, beide Blöcke verzeichnen jeweils Überläufe ins feindliche Lager und sichern ihre Macht zudem durch gut bewaffnete Milizen. Die letzten Kämpfe zwischen GNA- und GNS-Unterstützern fanden ab 9. Juli im Raum zwischen Misrata und Tripolis statt. Die internationalen Unterstützer des Abkommens verlieren zunehmend an Glaubwürdigkeit, da es ihnen nicht gelingt, diverse Regionalstaaten und Russland von ihrer Unterstützung der GNA-Gegner abzuhalten.

Hindernisse eines nationalen Dialogs

Der *Presidential Council* steht vor schwierigen Herausforderungen wie der Entwaffnung der unterschiedlichen Milizen und ihre künftige Eingliederung in einen einheitlichen Sicherheitsapparat. Das Erstarken von General Khalifa Haftar selbsternannter *Libyan National Army* (LNA) im Osten des Landes erschwert allerdings den Integrationsprozess. Haftar war ein libyscher Offizier unter Gaddafi, der später in die USA emigrierte, nach Gaddafis Tod zurückkehrte und mit seiner Miliz LNA den gesamten Osten, bis auf die Stadt Derna sowie einen Großteil des Süden Libyens unter seine Kontrolle brachte. Er steht dem Parlamentspräsidenten des HoR, Aguila Saleh, sowie der Regierung in Tobruk nahe und machte sich vor allem mit dem propagierten Kampf gegen Islamisten einen Namen, wobei er nicht zwischen Dschihadisten und gewaltverneinenden Islamisten unterscheidet.

Haftar gelang es in den letzten Monaten, seine Macht zu konsolidieren, indem er seine politischen Gegner durch gezielte Maßnahmen schwächte, wie z. B. die Kooperation mit einzelnen freundlich-gesinnten salafistischen Gruppierungen, der erneute Einsatz ehemaliger Funktionäre des Geheimdienstes aus der Gaddafi-Ära sowie die Ernennung militärischer Gouverneure als Ersatz für gewählte lokale Räte.

General Haftars Kompromisslosigkeit

General Haftar stellte sich gezielt gegen die

Umsetzung des LPA, da gemäß §8 des LPA die künftige Befehlsgewalt der libyschen Streitkräfte sowie die Besetzung jeglicher Posten im Sicherheits- und militärischen Bereich dem PC zukommt und somit seine Position als Armeechef schwächen würde. Haftars Kompromisslosigkeit bezieht sich sowohl auf seinen Führungsanspruch als Armeechef ohne zivile Kontrolle, als auch auf die Bekämpfung religiöser Akteure.

Auch die Einrichtung der von der UN-unterstützten Präsidialgarde, welche die Institutionen der Einheitsregierung beschützen soll, geht nur schleppend voran. Sie besteht aus Vertretern unterschiedlicher Milizen, deren Existenz allerdings durch besser ausgerüstete Milizen in Tripolis bedroht wird. Für große Aufregung sorgen Haftars Aussagen über eine bevorstehende "Befreiung" von Tripolis. Doch erscheint diese Drohung unrealistisch, da Haftar kaum Verbündete in der Hauptstadt hat. Seine Strategie zur Ausweitung seiner Macht in Tripolis scheint zu sein, Spannungen zu schüren, von einem möglichen Chaos in der Hauptstadt zu profitieren und sich selbst als einzigen Garanten für Stabilität zu positionieren. Die Einnahme von Benghazi Anfang Juli dieses Jahres stärkte Haftar und seine LNA enorm und verlieh ihm zunehmend Legitimität. Jedoch ist die *Libyan National Army* weder staatlich noch gleicht sie einer regulären Armee. Die überwiegende Mehrheit besteht im Osten aus zivilen Kämpfern unterschiedlicher Milizen, im Westen und Süden aus Stammeskämpfern.

Der IS vor seinem Ende in Libyen?

Der IS-Kalif Abu Bakr al-Baghdadi erklärte bereits Ende 2014 drei Provinzen in Libyen zu Teilen des Kalifates. Als im Dezember 2016 der IS aus Sirte, der Heimatstadt Gaddafis, durch ein Milizenbündnis aus Misrata vertrieben wurde, schien erstmals wieder ein gewisser Grad an Konsens unter libyschen Politikern und Milizenführern zu herrschen, denn der Kampf gegen den IS stellte ein gemeinsames Interesse aller Konfliktparteien dar. Die Machtblöcke rückten dennoch

nicht näher zusammen. Disparate Milizen führten ohne einer einenden Autorität unterschiedliche Kampagnen gegen den IS.

Die Vertreibung des IS aus Sirte bedeutet allerdings nicht sein Ende in Libyen. IS-Schläferzellen existieren weiterhin vor allem im Westen und Süden. Zu Spitzenzeiten zählte der IS in Libyen zwischen 5.000 und 10.000 Kämpfer. Heute sind die Stadt Sabratha nahe der tunesischen Grenze und das Hinterland von Misrata die wichtigsten Rückzugsgebiete für IS-Kämpfer. Ein Zeichen dafür, dass weitere dschihadistische Gruppen in Libyen im Rückzug sind, ist die Auflösungserklärung von Ansar al-Scharia im Mai 2017. Dschihadistisches Gedankengut kann sich in Libyen aufgrund der Gesellschaftsstruktur, die noch stark auf Stämmen beruht, viel schwerer dauerhaft etablieren als in anderen muslimischen Staaten. Dies wurde unter anderem dadurch sichtbar, dass der IS in Libyen lediglich in Städten, wo die traditionellen Stammesstrukturen aufgeweicht sind, Fuß fassen konnte.

Der IS, wie auch andere dschihadistische Gruppen sind das Produkt der Krise in Libyen und nicht ihr Ursprung. Solange Libyen wirtschaftlich und sicherheitspolitisch instabil bleibt, bietet es einen fruchtbaren Boden für Terrorismus und Kriminalität.

Der libysche Ölhalmmond und der Kampf um Ressourcen

Die zentrallibyschen Häfen zwischen Sirte und Bengazi, in die ein großer Teil der Ölpipelines mündet, werden als „libyscher Ölhalmmond“ bezeichnet. Nach der Einnahme des gesamten Ölhalmmondes durch Haftars LNA im September 2016 stieg der Ölexport massiv an, Ende Juni 2017 - trotz der andauernden Kämpfe - sogar wieder auf über 1 Mio. Barrel pro Tag, was der Wiedereröffnung des el-Fil Ölfeldes sowie des Sharara Ölfeldes im Süden nahe Ubari zu verdanken ist. Seit die *Bengazi Defence Brigades (BDB)* einige Ölhäfen im März kurzzeitig eroberten gilt die Offensive der LNA nicht

mehr nur den verbliebenen urbanen Rückzugszentren von islamistischen Gruppen, sondern vor allem dem zentrallibyschen Hinterland, wo die BDB und der IS ihr Rückzugsgebiet haben.

Der Konflikt um Öl und Gas besteht jedoch nicht nur aus Kämpfen um die bestehende Infrastruktur, sondern spielt sich vor allem auf veraltungstechnischer Ebene ab. Es geht um die Besetzung einflussreicher Posten innerhalb der Regierung und der *National Oil Corporation (NOC)*. Die strategische Bedeutung der Gebiete im Hinterland der Ölhäfen und -Pipelines sowie entlang der Migrations- und Schmuggelrouten lenkte die Aufmerksamkeit der Milizen aus dem Norden auf die zentralen und südlichen Landesteile. Es entstand eine Art Stellvertreterkrieg zwischen Haftars LNA und Milizen aus dem Westen. Die Stärke der Milizen beruht in den abgelegenen Gebieten hauptsächlich auf Bündnissen mit lokalen Stämmen.

Der Süden rückt in den Fokus

Der Süden Libyens ist für Europa von enormer geostrategischer Bedeutung. Erstens kommt ein Großteil der Ressourcen, die von Libyen nach Europa geliefert werden, aus den südlichen Öl- und Gasfeldern, zweitens bewegt sich die Mehrheit der Migranten über Südlibyen ans Mittelmeer und drittens floriert seit dem Sturz Gaddafis der Schmuggel. Diese Faktoren führen zu einer Destabilisierung der gesamten Region bis in den Sahelraum. Die internationale Staatengemeinschaft setzt zunehmend auf lokale Akteure bei der Errichtung einer zweiten Barriere in der Sahara. Aber auch französische Spezialkräfte sind bereits seit 2014 im Norden Nigers zur Sicherung und Überwachung der libysch-nigerischen Grenze und zur Eindämmung des Schmuggels vor Ort. Rein aus sicherheitstechnischen Gründen ist der Süden für die Stabilisierung des gesamten Landes von größter Bedeutung, da die spärlich besiedelten Wüstengebiete immer einen Rückzugsraum für oppositionelle Milizen bieten.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungs- akademie

Juli 2017

Druck:

ReproZ W xxxx/17
Stiftgasse 2a
1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk

IFK Monitor
Juli 2017

Migration auf der zentralen Mittelmeer- route

In Italien kamen in der ersten Jahreshälfte 2017 laut UNHCR rund 83 000 Migranten an, ca. 2000 Menschen fanden bei der Überfahrt den Tod. Die Schließung der zentralen Mittelmeerroute und somit die Eindämmung des Migrationsstroms über die Haupttransitländer Niger und Libyen Richtung Europa wirft viele Fragen auf, wobei sich die EU um eine einheitliche Lösung verstärkt bemüht.

Die bereits gestartete Ausbildung der libyschen Küstenwache sowie die zunehmende Kooperation mit libyschen Behörden erwiesen sich bisher als kaum effektiv, da im hybriden libyschen Sicherheitssektor viele Milizen selbst in das Schmuggelgeschäft involviert sind und eine zentrale Kommandostruktur kaum gegeben ist. Ohne europäisches Personal vor Ort kann die EU bei der derzeitigen Situation in Libyen nur begrenzt agieren, denn aufgrund seiner Zersplitterung ist Libyen nicht als *ein* geeinter Partner zu sehen. Migration stellt in Libyen einen eigenen Wirtschaftssektor dar, an dem tausende Libyer nicht nur als Schlepper, sondern auch als Menschenhändler und in Form von billigen Arbeitskräften profitieren. Die Wirtschaft ist am Boden, das verschärft die schlechten Alltagsverhältnisse weiter. Um die Migrationsströme einzudämmen ist von Seiten der EU eine funktionierende Gesamtstrategie notwendig, die nicht nur Libyen, sondern auch den Hauptherkunftsländern südlich der Sahara eine nachhaltige (wirtschaftliche) Perspektive bietet.

Ableitungen und Empfehlungen

Gemeinsame EU-Position und robuste US-Policy

Nur eine einheitliche Haltung Europas kann Libyen bei seiner Stabilisierung unterstützen. Zudem sollten die Verhandlungen unbedingt vom politischen Schwergewicht USA gestärkt werden, um auf lokale Akteure und deren unterstützende Regionalmächte einwirken zu können. Die zögerliche US-

Politik gegenüber Libyen bewirkte bisher ein stärkeres Auftreten von Russland auf Seiten General Haftars.

Stärkung der Einheitsregierung

Wesentlich ist, dass die internationale Staatengemeinschaft den Dialog zwischen GNA-Unterstützern und -Gegnern fördert und den Druck auf die Unterstützer Haftars – allen voran Ägypten und VAE – erhöht, im Zweifelsfall durch die Androhung von Sanktionen und den Abbruch künftiger Unterstützungsleistungen (z.B. für Ägypten).

Einbeziehung General Haftars

Bisher agierte Haftar nicht förderlich bei der Etablierung der Einheitsregierung, da er auf einen militärischen Sieg zählt. Die Involvement Haftars ist für die Stabilisierung Libyens unumgänglich. Dabei ist es notwendig, General Haftar eine führende Funktion einzuräumen und gleichzeitig die zivile Kontrolle über die Armee sicherzustellen.

Wirtschaftlichen Aufbau forcieren

Der libyschen Bevölkerung muss eine nachhaltige wirtschaftliche Alternative zur organisierten Kriminalität geboten werden, dabei könnte Europa durch wirtschaftliche Kooperationen und Anreize einen Beitrag leisten. Die reichlich vorhandenen Ressourcen in Libyen bieten eine ideale Voraussetzung dafür.

EU-Stabilisierungsmission

Das größte Interesse der EU in Libyen liegt in der Stabilisierung des Landes und der Eindämmung des Flüchtlingsstromes. Dabei geht es primär darum, Defizite im libyschen Sicherheitssektor durch internationale Maßnahmen auszugleichen. Eine von Italien und Deutschland mehrfach geforderte Libyen-Mission könnte eine Möglichkeit sein, die Lage nachhaltig zu stabilisieren, den politischen Prozess zu beschleunigen und gleichzeitig einen einheitlichen libyschen Sicherheitssektor aufzubauen. Sie müsste aber auf Ersuchen Libyens und in Abstimmung mit der UNO und den Nachbarstaaten erfolgen.

Hinweis: Der vorliegende Beitrag gibt ausschließlich die Meinung der Autorin und des Autors wieder.